
Mainz, 12. Oktober 2022

Pressemitteilung

Wann, wenn nicht jetzt? - Landesaufnahmeprogramm für Rheinland-Pfalz Was Hessen kann, das kann (und muss) auch Rheinland-Pfalz!

Die schwarz-grüne Koalition in Wiesbaden will über ein eigenes Landesaufnahmeprogramm 1.000 Familienangehörige von in Hessen lebenden afghanischen Staatsangehörigen aufnehmen und ihnen so einen sicheren und legalen Zugangsweg eröffnen. Laut Pressemitteilung der dortigen Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Oktober 2022 hat das Bundesinnenministerium bereits bei einer Bund-Länder-Besprechung im August dieses Jahres die erforderliche Zustimmung zu einem solchen Landesaufnahmeprogramm signalisiert.

Die hessische Initiative zeigt eindrucksvoll, dass die Länder bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Not eigenverantwortlich und im Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium handeln können. Auch andere Bundesländer, wie z.B. Berlin, Brandenburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Thüringen, führen Landesaufnahmeprogramme durch oder haben das angekündigt.

Mit seiner Ausrichtung auf Afghanistan trägt das geplante hessische Landesaufnahmeprogramm der besonderen Verantwortung und Verpflichtung Rechnung, die Deutschland aus dem überstürzten Abzug der Bundeswehr und den katastrophalen Folgen dieses Abzugs erwachsen ist.

Zu begrüßen ist insbesondere, dass im Rahmen des hessischen Landesaufnahmeprogramms auch die Aufnahme von Verwandten zweiten Grades (Großeltern, Enkel oder Geschwister) möglich sein soll, die aufgrund der restriktiven Regelung des Familiennachzugs sonst keine Möglichkeit hätten, zu ihren in Hessen lebenden Familienangehörigen zu kommen.

Ebenfalls positiv ist, dass im Rahmen des Aufnahmeprogramms sowohl die Flugkosten als auch die Kosten für Krankenbehandlung durch das Land übernommen und damit gewichtige Hürden aus dem Weg geräumt werden, die in der Vergangenheit für viele unüberwindbar waren.

Was Hessen kann, das kann (und muss) auch Rheinland-Pfalz!

Wir erneuern daher unsere langjährige Forderung an die rheinland-pfälzische Landesregierung, Flüchtlingen in Not über ein eigenes Landesaufnahmeprogramm einen sicheren und legalen Zugangsweg nach Rheinland-Pfalz zu eröffnen.

Die Landesregierung könnte sich dabei

- an das geplante hessische Landesaufnahmeprogramm anlehnen und speziell auf Familienangehörige von afghanischen (und anderen) in Rheinland-Pfalz lebenden Flüchtlingen abheben und/oder
- - wie z.B. Schleswig-Holstein das tut - besonders vulnerable Schutzsuchende aufnehmen, die derzeit in Erstaufnahmestaaten in menschenunwürdigen Lebensverhältnissen ausharren müssen.

Kontakt:

Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz
Albert-Schweitzer Straße 113-115 | 55128 Mainz | Tel.: 06131 / 2874453

Es gibt in Rheinland-Pfalz eine überwältigende Bereitschaft zum Engagement für Flüchtlinge in Not. Sie drückt sich u.a. darin aus, dass die größten Städte und zahlreiche weitere Landkreise und Kommunen des Landes sich zu „Sicheren Häfen“ für Flüchtlinge erklärt haben und bereit sind, bei der Flüchtlingsaufnahme mehr zu leisten.

Um dieser Bereitschaft Rechnung zu tragen, wurde schon 2021 im rheinland-pfälzischen Koalitionsvertrag des Landes vereinbart, die Umsetzung eines Landesaufnahmeprogrammes zu prüfen. Diese Prüfung kann nur ein Ergebnis haben: Was Hessen kann, das kann (und muss) auch Rheinland-Pfalz!

Weil Menschlichkeit und Solidarität es gebieten: Landesaufnahme jetzt!

gez.

- Pfarrer Albrecht Bähr, Arbeitsgemeinschaft der Diakonie in RLP
- Bernd Drüke, Seebrücke Rheinland-Pfalz
- Gwendolyn Albrecht-Fuseini, civi kune Rheinland-Pfalz
- Torsten Jäger, Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz
- Pierrette Onangolo, Flüchtlingsrat RLP e.V.

Anlage zur Pressemitteilung „Wann, wenn nicht jetzt? - Landesaufnahmeprogramm für Rheinland-Pfalz“ vom 12. Oktober 2022

Rechtlicher Hintergrund:

Nach § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes können die Länder u.a. aus humanitären Gründen anordnen, dass Ausländer*innen aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit bedarf die Anordnung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Zu den herausgebenden Organisationen:

- Die Arbeitsgemeinschaft der Diakonie in Rheinland-Pfalz ist ein Zusammenschluss der drei Diakonischen Werke (Diakonie Hessen, Diakonie Pfalz und Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe), die in Rheinland-Pfalz wirken. Die Fachdienste der Diakonie in Rheinland-Pfalz beraten und begleiten Migrant*innen ungeachtet der Dauer ihres Aufenthalts, ihres Herkunftslandes oder ihres Aufenthaltsstatus mit dem Ziel, dass sie an allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv mitwirken und an sozialer Sicherheit, Bildung und Ausbildung, medizinischer Versorgung und Wohlstand partizipieren können.
- Das Projekt *civi kune* RLP (*civi kune* = bürgerschaftlich gemeinsam [Esperanto]) tritt für die Interessen Geflüchteter und ehrenamtlich Engagierter in der solidarischen Flüchtlingsarbeit in Rheinland-Pfalz ein. Dazu soll die zivilgesellschaftliche Arbeit mit Geflüchteten, die aus einer enormen Vielfalt an Akteur:innen und Unterstützungsstrukturen besteht, gestärkt werden. Gemeinsam mit ehrenamtlich Engagierten und Selbstorganisationen arbeitet *civi kune* RLP dabei für eine inklusive Gesellschaft.
- Der Flüchtlingsrat RLP e.V. ist eine Menschenrechtsorganisation, die sich mit Flüchtlingen und Migrant:innen solidarisiert und sich für deren politische und soziale Rechte stark macht. Er fordert gleiche Rechte für alle, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Befähigung, gesellschaftlichem oder wirtschaftlichem Status. Der Flüchtlingsrat RLP e.V. arbeitet überparteilich. Mit Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Gesprächen mit der Politik unterstützt er die solidarische Flüchtlingsarbeit in Rheinland-Pfalz.
- Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz ist ein landesweites Netzwerk der Migrationsarbeit. Er setzt sich ein für die Gleichberechtigung der in Rheinland-Pfalz lebenden Migrant*innen in gesellschaftlicher, kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sowie für das solidarische Zusammenleben von einheimischer Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten.
- Die Seebrücke Rheinland-Pfalz ist der Zusammenschluss lokaler Initiativen in Rheinland-Pfalz und Teil der bundesweiten Seebrücken-Bewegung. Sie versteht sich als politische Bewegung, getragen vorwiegend von Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft. Jede*r, der*die ihre politischen Ziele unterstützt und sich beteiligen möchte, ist Teil der Bewegung. Mit Demonstrationen und Protestaktionen auf dem Land und in der Stadt streitet die Seebrücke mit ihren zahlreichen Lokalgruppen für eine solidarische und menschenrechtsbasierte Migrationspolitik.